

Buchbesprechungen

Heinz Wohlgemuth

Die Entstehung der Kommunistischen Partei Deutschlands 1914 bis 1918

Überblick. Dietz Verlag Berlin 1968. Mit Anmerkungen. Quellen- und Literaturverzeichnis. 361 Seiten, 9,80 DM.

Das Buch wurde der Redaktion vom Ostberliner Dietz Verlag zugestellt. Es enthält, wie von dort leider zu erwarten, eine Reihe unqualifizierter Äußerungen, zum Beispiel wimmelt es von Beiworten wie „verräterisch“, „heuchlerisch“, „Irreführung“, „frevelhaft“, „Sozialchauvinismus“ u. dgl. mehr. Es enthält die pauschale Behauptung, westdeutsche Autoren hätten sich bei ihrer Behandlung des gleichen Zeitraums der Fälschungen schuldig gemacht. Die politische Haltung *Lenins* wird durchweg den Urteilen des Verfassers als unumstößliche Wahrheit und Maßstab zugrunde gelegt. Im Vorwort wird behauptet, daß „wir in der DDR all das verwirklichten, wofür Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gekämpft haben“; auch sonst sind verschiedene Fehlinterpretationen festzustellen. Trotzdem ist das Buch lesenswert und für das Studium der Vorgeschichte der KPD wichtig: Es bietet ein umfangreiches, mit Quellenangaben versehenes Material, das zum Teil nur in östlichen Archiven, u. a. in Nachlässen von damals führenden Politikern, zugänglich ist.

Mit dem Ausbruch des ersten Weltkrieges am 1. August 1914 mußten sich die längst vorhandenen Gegensätze zwischen „Rechten“ und „Linken“ in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands entscheidend verschärfen. Kriegsbejaher und Kriegsgegner mußten konkret Stellung beziehen. In der Öffentlichkeit trat dabei unter den Radikalen ganz besonders *Karl Liebknecht* als Antimilitarist hervor. Er hatte nach der anfänglichen fast allgemeinen Kriegsbegeisterung durch sein Auftreten und

seine und seiner Freunde Flugblattaktionen schon 1916 einen derart starken Einfluß, daß *Karl Kautsky* ihn laut dokumentarischem Nachweis mit Bestürzung als „populärsten Mann in den Schützengräben“ bezeichnete. Auf der anderen Seite wirkte neben *Ebert*, *Scheidemann* und anderen, insbesondere *Eduard David* als Antreiber gegen den radikalen Flügel in der Partei. Es liegen Belege vor, daß David zeitweise sogar für eine Annexion Belgiens und von Teilen Polens eingetreten ist (siehe seine Tagebucheintragen).

Hier kann nicht auf alle hochinteressanten Vorkommnisse und innerparteilichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahre eingegangen werden: auf die Kriegsergebnisse, die Organisation der Gruppe „Internationale“ (später „Spartakusbund“) und die Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), auf die internationalen Konferenzen in Zimmerwald und Kienthal, die Auswirkungen der russischen Revolution 1917 auf die verschiedenen Gruppierungen in Deutschland und die Zugeständnisse, die der sozialdemokratische Parteivorstand an die wachsenden Massenunruhen machte sowie auf die Differenzen, die auch innerhalb der USPD entstanden und schließlich in den letzten Tagen des Dezembers 1918 zur Gründung der KPD führten.

Wohlgemuth behandelt das alles ausführlich unter Beibringung vieler längerer Zitate. Hervorgehoben werden muß aber, daß die Gruppe „Internationale“ angesichts der wachsenden Kriegsmüdigkeit und des Hungers im Innern des Landes den Bruch zwischen der Mehrheit der Mitglieder und dem Parteivorstand erwartete. Erst nachdem im Januar 1918 nach Ausbruch eines gewaltigen Massenstreiks (Munitionsarbeiterstreik) *Ebert*, *Scheidemann* und *Otto Braun* auf das Drängen von SPD-Mitgliedern mit in die Streikleitung eingetreten waren, aber nur (wie dokumentarisch feststeht), um den Streik zu beenden, als von der Regierung der verschärfte

Belagerungszustand erklärt wurde und Massenverhaftungen einsetzten, die revolutionäre Bewegung aber trotzdem wuchs, machte sich der Spartakusbund die bolschewistische Parole „Diktatur des Proletariats“ zu eigen. Doch interpretierte er diesen Begriff als Demokratie für die breiten Volksmassen, wie das deutlich aus dem auf dem Gründungsparteitag der KPD beschlossenen Programm hervorging. Auch der linke Flügel der USPD machte sich diese Parole zu eigen. Doch mit der Aufforderung zum bewaffneten Aufstand zwecks Erreichung dieses Ziels blieben die zehn Vertreter des Spartakusbundes selbst auf einer USPD-Reichskonferenz mit 489 Delegierten im Oktober 1918 in einer hoffnungslosen Minderheit. Die USPD lehnte auch die Forderung des Spartakusbundes ab, eine neue Reichskonferenz abzuhalten, obwohl ihre eigenen Vertreter am 29. Dezember wegen schwerwiegender Differenzen aus der inzwischen gemeinsam mit den Mehrheitssozialisten gebildeten Regierung der Volksbeauftragten austraten.

Es stellt sich somit vor allem die Frage, weshalb die Radikalen trotz des Aufstandes in den Novembertagen in der Minderheit blieben. Wohlgemuth sieht die Schuld vor allem in einem Intrigenspiel des sozialdemokratischen Parteivorstandes und einem Scheinradikalismus der USPD. Er weist aber auch darauf hin, daß es innerhalb der Radikalen Gegensätze gab, so vor allem zwischen Spartakusbund und den „Internationalen Kommunisten Deutschlands“ (IKD, zuerst als „Bremer Linke“ konstituiert). Obwohl Wohlgemuth dieser Gruppe zugesteht, daß sie früher als der Spartakusbund den Bruch mit der SPD und einen bewaffneten Aufstand propagierte, bezeichnet er sie als sektiererisch und spricht nicht ihr, sondern dem Spartakusbund die Vorläuferschaft der KPD zu. Er verurteilt sogar, daß es dieser Gruppe, die dann in der KPD aufging, gelang, auf dem Gründungsparteitag eine Mehrheit für die Nichtbeteiligung an den Wahlen zur inzwischen anberaumten Nationalversammlung zu gewinnen.

Wohlgemuth führt weitere Gründe für den verbleibenden großen Einfluß der SPD an: die Tatsache, daß die SPD jahrzehntelang von den Arbeitermassen als *die* für sie in Frage kommende Partei angesehen worden war, daß sie die Erhaltung der Einheit für lebenswichtig hielt und daß nach all den schlimmen Kriegserfahrungen ein starkes Ruhebedürfnis auch in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft vorhanden war. Trotzdem macht Wohlgemuth den Vorläufern der KPD den Vorwurf, sie hätten schon viel früher eine neue Partei gründen sollen.

Er hebt an vielen Stellen, wenn auch mit verschiedenen Einschränkungen, die besondere Rolle Karl Liebknechts, nicht nur als Antimilitarist und Agitator hervor, sondern auch als politisch-theoretischer Kopf. Er bezieht sich

dabei besonders auf Kontroversen zwischen diesem und Rosa Luxemburg bei der Abfassung der „Junius“-Thesen und auf eine Begrüßungsadresse Liebknechts an die Konferenz von Zimmerwald. Aber das waren, wie aus dem Material hervorgeht, doch nur Diskussionen, wie sie in jeder Gruppierung vorkommen; sie führten ja auch schließlich zum Vertreten gemeinsamer Thesen vor der Öffentlichkeit.

Aber auch Rosa Luxemburg, die in einer bestimmten Entwicklungsphase der KPD scharf angegriffen wurde, wird von Wohlgemuth sehr positiv bewertet. Da sie Mitbegründerin der KPD war und Wohlgemuth eine gerade Linie von der Gründung der KPD bis zum heutigen Ulbricht-System behauptet, bagatellisiert er ihre Kritik an dem von den Bolschewiki in und nach der russischen Oktoberrevolution verübten Terror. Eine Formulierung im Programm der neugegründeten KPD „all dieser Widerstand muß mit eiserner Faust und rücksichtsloser Energie gebrochen werden“, bezeichnet er völlig unberechtigt als ein „Bekenntnis zum revolutionären Terror“. Andere Stellen in dem Programm, die seiner Interpretation entgegenstehen, erwähnt er dagegen nicht. Er erwähnt auch nicht, daß der Vertreter des Spartakusbundes auf dem Gründungskongreß der Kommunistischen Internationale in Moskau unter dem Einfluß Rosa Luxemburgs gegen diese Gründung Stellung nahm. Aber entgegen Wohlgemuth spricht alles dafür, daß Rosa Luxemburg, wäre sie nicht im Januar 1919 ermordet worden, ebenso wie eine Anzahl ihrer damaligen Gesinnungsfreunde, im Verlauf der schwankenden, immer mehr nach den vermeintlichen russischen Staatsinteressen ausgerichteten Politik der KPD den Bruch mit der Kommunistischen Internationale vollzogen hätte.

Da heute die Forderung nach Räten wieder aktuell geworden ist, soll aus der Materialfülle des vorliegenden Buches noch etwas über die damalige Bedeutung der Arbeiter- und Soldatenräte gesagt werden. Die ersten Arbeiterräte entstanden im Frühjahr 1917 während eines Streiks großer Arbeitermassen in verschiedenen Städten; sie standen vor allem der USPD nahe; diese hatte insbesondere in den Metallbetrieben Berlins großen Einfluß und so auch in dem Berliner „Vollzugsausschuß des Arbeiterrates“. Noch Anfang November 1918 lehnte der Vollzugsausschuß den Antrag des Spartakusbundes ab, bewaffnete Demonstrationen durchzuführen und im Verlauf dieser Aktion die Bildung einer sozialistischen Republik und einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte zu proklamieren.

Die Soldatenräte waren im Zuge der Demobilisierung des Heeres entstanden und gerieten in der Heimat vornehmlich in den Einflußbereich der Mehrheitssozialisten. Diese, die im Gefolge der dann doch ausgebrochenen Revolution zusammen mit der USPD die erste pro-

visorische Regierung bildeten, waren mit Erfolg bemüht, die politische Funktion der Räte völlig zu beseitigen. Daß in der Weimarer Verfassung noch Räte-Paragraphen eingebaut wurden, war lediglich ein Nachklang der aufregenden Novembertage. In der Praxis blieb nichts übrig als die gesetzliche Verankerung von Betriebsräten und eines zu keiner Entscheidung legitimierten Reichswirtschaftsrates. Bezüglich der Rätebewegung hatte der Spartakusbund die revolutionäre Entschlossenheit der Arbeitermassen und die Wirksamkeit der eigenen Beweisführung und Agitation weit überschätzt.

In dem sehr reichhaltigen Literaturverzeichnis, in dem bezeichnenderweise zwischen „marxistische und andere progressive Literatur“ sowie „sonstige Literatur“ unterschieden wird, fehlt das Buch von O. K. *Flechtheim* „Die KPD in der Weimarer Republik“, obwohl *Flechtheim* mit einem ausführlichen Kapitel „Die radikale Linke im 1. Weltkrieg“ beginnt. Das wichtige Buch von *Gerhard Ritter* und *Susanne Miller* „Die deutsche Revolution 1918—19“ konnte vielleicht noch nicht berücksichtigt werden, da es erst im Juli 1968 erschienen ist.

Inzwischen sind bei der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt, Protokolle und Materialien zum Gründungsparteitag der KPD, herausgegeben von *Hermann Weber*, erschienen. *Irmgard Enderle*

Ghita Jonescu

Die Zukunft des Kommunismus in Osteuropa

Ullstein Verlag, Berlin 1969, 288 S., 25,- DM.

Ghita Jonescus Studie der Zukunft des Kommunismus in Osteuropa ist zwei Jahre vor der deutschen Ausgabe in englischer und französischer Sprache erschienen. Sie gilt der Frage, ob sich die monolithische Struktur der kommunistischen Machtapparate in Osteuropa auf die Dauer aufrechterhalten läßt oder ob und wie in den von den kommunistischen Parteien beherrschten Staaten so etwas wie eine Opposition und die Beeinflussung der offiziellen Regierungs- und Parteipolitik durch diese möglich ist.

Ein sehr schwieriges Problem, um so mehr, als exakte Informationen über die Vorgänge in den Oststaaten Europas nur in sehr beschränktem Maße zur Verfügung stehen. Das merkt man sofort bei der Lektüre von Jonescus Buch. Es stützt sich vorwiegend auf westliche Quellen, auf Organe der Emigranten aus den Ostländern, auf angelsächsische Literatur und auf die Arbeiten der sogenannten Ostkunde-Institute, deren meiste in der Zeit des „kalten Krieges“ entstanden sind, deren Mitarbeiter vielfach den Reihen betonter Anti-

kommunisten entnommen wurden und deren Forschungsergebnisse nicht immer den Anforderungen strenger wissenschaftlicher Sachlichkeit genügen.

Jonescu scheint darüber hinaus über persönliche Informationen namentlich aus der Geschichte der Kommunistischen Partei Polens zu verfügen, er erzählt viele Einzelheiten darüber, freilich ohne sie in der Regel quellenmäßig zu belegen. Die parallelen Berichte über die Entwicklung in den anderen Oststaaten sind knapper gehalten und zum Teil recht anfechtbar.

Das Buch beginnt mit einer Darstellung der Struktur der verschiedenen Machtapparate in der Sowjetunion, die ja in den mit ihr verbündeten osteuropäischen Ländern fast überall exakt nachgebildet wurde. Jonescu spürt dabei den eigentlichen Machtverhältnissen und den Konkurrenz- und Einfluß kämpfen zwischen den verschiedenen Apparaten nach. Daß es solche gegeben hat und noch gibt, ist wohl eine Binsenwahrheit. Im Einparteiensstaat werden unvermeidlich die mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Planwirtschaft keineswegs gleich aus der Welt geschafften gesellschaftlichen Gegensätze innerhalb der Einheitspartei als dem einzigen vorhandenen politischen Forum ausgetragen. Partei, Militär, Polizei, staatliche Wirtschaftsmanager versuchen ihre jeweiligen Sonderinteressen durchzusetzen, die Bedürfnisse der Massen wirken auf die Bildung der öffentlichen Meinung ein. Auch wenn diese von den Machthabern kontrolliert wird, lassen sich gewisse Grundströmungen nicht ganz ausschalten. Auch die Intellektuellen, die alten bürgerlichen und die jungen kommunistischen, tragen dazu bei, daß sich gewisse Tendenzen formieren, von denen Jonescu hofft, daß sie eines Tages zu einer institutionell abgesicherten Opposition in den Oststaaten werden.

Diese Hoffnung teilt er mit vielen Menschen im Westen, aber aus der Hoffnung eine Prognose zu machen, ist mindestens ein voreiliges Unternehmen, denn allen *Dubceks* und *Sacharows* zum Trotz fehlen immer noch und überall, selbst in Jugoslawien, dessen besonderen Verhältnissen Jonescu am wenigsten gerecht wird, die Anzeichen dafür, daß sich eine legalisierte Opposition herausbilden kann. Jonescus Buch erfordert also durchaus kritische Leser. *Walter Gyssling*

F. C. Delius

Wir Unternehmer

Über Arbeitgeber, Pinscher und das Volksganze. Eine Dokumentarpolemik. Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1966. 96 S., kart. 5,80 DM.

Ein Teil der im Exil lebenden deutschen Schriftsteller, besonders die kommunistischen, diskutierten nach 1933, durch Hitlers Macht-ergreifung ernüchtert, über den Zusammenhang

von formalen Kriterien und politischer Wirkung der Literatur. Erinnert sei nur an die wesentlichste Auseinandersetzung, an den Briefwechsel zwischen *Anna Seghers* und *Georg Lukács*, der seinen Literaturbegriff zu sehr einengt(e), allein die Realisten anerkannte. Die Gefahren einer solchen Poetik sind bekannt: Agit-Prop und sozialistischer Realismus. Außerliterarische Kriterien würden hier also überwiegen. Andererseits kann sich aber heute, da moralische, politische Probleme wichtiger als ästhetische sind, kein Autor, will er ernst genommen werden, in den Elfenbeinturm zurückziehen. Diesem Dilemma entgehen einige Schriftsteller der Gegenwart durch Differenzierung. So schrieb etwa *Günter Grass* nicht nur über „Hochwasser“ oder die „Vorzüge der Windhühner“, sondern zog auch durchs Land, warb für die Es-Pe-De, und *Hans Magnus Enzensberger*, bekannt durch Lyrik (Verteidigung der Wölfe, Landessprache, Blindenschrift), brach gar seine Gastdozentur an der amerikanischen Wesleyan University vorzeitig ab, um in Kuba zu arbeiten.

Der Autor des vorliegenden Buches, 1943 geboren, debütierte vor fünf Jahren mit dem Gedichtband „Kerbholz“ (Verlag K. Wagenbach, Berlin). F. C. Delius weist die gleiche Konsequenz wie seine beiden Kollegen auf. Er kennt die zu geringe Wirkung engagierter Literatur; er weiß, daß hierzulande politische Aufklärung notwendiger als Lyrik ist. So stellte denn Delius an Hand von Protokollen eines CDU-Wirtschaftstages, der am 8. und 9. Juli 1965 in Düsseldorf stattfand, eine Dokumentarpolemik zusammen. Von den 477 Seiten des Gesamtprotokolls, das der Wirtschaftsrat der CDU herausgab, wurde nur ungefähr ein Zehntel aufgenommen; doch sind es genau die interessantesten, verräterischsten Sentenzen, welche auf einem Herrenabend, in zwei Plenarsitzungen und sechs Arbeitskreisen zu hören waren.

Zu diesen oft topoireichen Aussprüchen macht F. C. Delius im Vorwort zunächst sprachkritische Anmerkungen:

„a) Der Ritus der Begrüßung als Selbstaufwertung, eine Übung, die alle bedeutenden Kongresse als bedeutend auszeichnet, hier als besonders schönes Beispiel zitiert. b) Die Evokation der Traditionen, die gern jenes bekannte Mißverständnis einschließt, auf das Überlieferte als ein a priori Gutes bauen zu können (als es ja bester deutscher Unternehmertradition entspricht...; *Etzel*). c) Die Evokation des nationalen Leides, die stets in eine Beschwörung der Zukunft mündet (werden in unseren Bemühungen nicht müde werden', *Etzel*).“ usw. S. 10.

Eine solche Analyse von Syntax, Wortwahl u. a. ist angebracht, denn sie kann Aufschlüsse über die dahinterstehende Ideologie geben. Der Autor zitiert *Dolf Sternberger*:

„Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen.“ (Aus dem Wörterbuch des Unmenschen, Vorbemerkung 1945, Hamburg 1957.) Freilich weiß auch F. C. Delius, daß Sprachkritik allein nicht genügt, nur Ergänzung für politische Kritik sein kann.

Diese Arbeit, politische Kritik, trug *Karl-Heinz Stanzick*, Diplom-Volkswirt und Assistent an der Freien Universität Berlin, bei. Kein schwerfälliger Kommentar wird den abgedruckten Protokollen vorausgeschickt oder angehängt, sondern Stanzick unterbricht die jeweiligen Texte der Redner durch eingeschobene facts, Meldungen aus dem Wirtschaftsteil der FAZ, dem *Industriekurier*, der *New York Times* etc. Konfrontiert mit diesem statistischen Material, erweisen sich die großen schönen Worte dann schnell als Phrasen.

Ein Beispiel — auf S. 26 nachzulesen — mag das verdeutlichen. Dr. *W. Langer* (Präsident des EWG-Ausschusses für mittelfristige Wirtschaftspolitik): „Die Möglichkeit, den Kopf in den Sand zu stecken, haben wir hier nicht, es sei denn, unsere Integrationsbereitschaft wäre nur ein Lippenbekenntnis. Ein wirksamer und fairer Leistungswettbewerb nach innen und außen ist und bleibt der beste Garant für die elastische Entwicklung des Angebots und seine rasche Anpassung an die jeweilige Nachfrage.“ K.-H. Stanzick zitiert hierzu aus dem *Handelsblatt* vom 4. 5. und 10. 5. 1966: „Nach Untersuchungen des Bundeskartellamtes dürften auf 75 deutschen Märkten Unternehmen mit einer marktbeherrschenden Stellung bestehen. Neben 177 gegenwärtig vom Kartellamt zugelassenen Kartellen sind zahlreiche andere Kartell- und Wettbewerbsabsprachen, von denen das Kartellamt keine Kenntnis hat, wirksam. Das Kartellamt hat keine gesetzlichen Befugnisse, gegen Fusionen und Trustbildungen in der deutschen Wirtschaft vorzugehen.“

Unverhüllt noch sprachen Dr. *A. Münchmeyer*, an zahlreichen Banken und Versicherungsgesellschaften beteiligt, der „eine Redressierung des sozialen Übermuts“ (S. 32) forderte und der Unternehmer *K. Klingsporn*; er meinte: „Ich fürchte, daß die deutsche Sozialpolitik heute wiederum zwei Begriffe verwendet, die einfach nicht wahr sind und die uns vor allen Dingen wieder einen falschen Weg führen können: die Begriffe ‚soziale Sicherheit‘ und ‚soziale Gerechtigkeit‘. Das gibt es einfach nicht! Eine Gerechtigkeit gibt es überhaupt nicht,“ (S. 44).

Die Absicht ist offenkundig. Der Mangel an Gerechtigkeit, den man selbst verursacht, wird als unabänderlich konstatiert, um nicht geändert werden zu müssen. Den umfassenden Rahmen für eine solchartige soziale Restauration sollte die „Formierte Gesellschaft“ des ehemaligen Bundeskanzlers liefern.

Prof. *Erhards* Rede, damals bekannt geworden durch die Bemerkungen über Hunderassen,

bildete den Abschluß des CDU-Wirtschaftstages in Düsseldorf, auf dem man sich selbst feierte und nicht im geringsten an die Arbeitnehmer dachte; sie sind für einen Großteil der Unternehmer — wie Delius schreibt (S. 15) — „ein Neutrum, das lediglich seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen hat. Alles ist gut und in Ordnung, wenn die "Wirtschaft nur läuft, d. h. wenn der Unternehmer mit Betrieb und Ertrag zufrieden ist. Keine Rede davon, für wen man arbeitet, mit wem und auf wessen Kosten — eine sehr verständliche, eine inhumane Einstellung.“

Werner Hornung

John Morton Blum Deutschland ein Ackerland?

Morgenthau und die amerikanische Kriegspolitik 1941 bis 1945. Aus dem Amerikanischen von U. Heinemann und I. Goldschmidt. Droste Verlag, Düsseldorf 1968. 330 S., Leinen, 28,— DM.

Aufgrund der zahlreichen und peinlich exakten Tagebücher des Finanzministers der Roosevelt-Ara führt der Geschichtswissenschaftler an der Yale-Universität, J. M. Blum, in die geheimen Verliese der amerikanischen Politik. Seine Kommentare sind knapp, auf Notwendiges beschränkt, oft nur verbindende Worte. Der Finanzminister, ein alter Freund des Präsidenten, hat es Neugierigen leicht gemacht. Unermüdlich verzeichnete er Geschehnisse, an denen er teilnahm und welche die wichtigsten Entscheidungen des zweiten Weltkriegs betrafen. Sein Können wie *Roosevelts* Vertrauen erhob ihn über sein Ressort, das freilich wichtig genug war, und ließ ihn an grundlegenden politischen Beschlüssen teilnehmen.

In Deutschland wurde sein Name mit dem Plan bekannt, den er zur Lösung des deutschen Problems ausgearbeitet hatte. Das verschaffte ihm keine Achtung, vor allem Haß. Und sicher wurde Morgenthau nach dem Krieg in dem besiegten Land einer der am meisten angefeindeten Männer, Symbol des gegnerischen Vernichtungswillens. Dennoch dürfte die Reduktion auf eine solche kurze Formel ungenügend sein. Morgenthau war mehr, er verfaßte nicht nur jenen „Plan“ im Sommer 1944, er war einer der verlässlichsten und fähigsten Mitarbeiter Franklin D. Roosevelts, ein Fürsprecher moderner Sozialpolitik.

Außenpolitisch war sein Bemühen darauf gerichtet, den Krieg zu gewinnen, die Zusammenarbeit zwischen den Verbündeten genauso zu sichern wie den künftigen Frieden. In seinem Ressort war er erfinderisch, den Gedanken des „Leih- und Pachtvertrages“, der Großbritannien Kriegsmaterial zur Verfügung stellte, statt es ihm zu verkaufen, hatte er entwickelt. Es war ein erster Schritt zum Kriegseingagement.

Um den Krieg zu gewinnen und den Frieden zu sichern, hielt er eine Beseitigung der deutschen Gefahr für unerlässlich. Diese Orientierung fand eine Zeitlang die Unterstützung einflußreicher Regierungsstellen, der „harte Kurs“ schien die meisten Anhänger zu haben. Morgenthau gehörte dazu, er war kein einzelner, sondern Exponent einer Gruppe. Roosevelt dachte nicht anders. Im Laufe des Jahres 1944 machte sich eine Gegentendenz bemerkbar. Je mehr der Krieg seinem Ende zuzuging, um so problematischer wurde das Kriegsziel. Die Einheit zwischen den Alliierten bekam Sprünge, und selbst im Lager der einzelnen Beteiligten griff Uneinigkeit um sich.

Auch in der amerikanischen Regierung verloren die Anhänger des „harten Kurses“ an Boden. Morgenthau, der daran festhielt, fand einen Widersacher in Kriegsminister *Stimson*. Die Opposition bekundete sich besonders im Heer, aber auch im Außenministerium. Die Generale dachten an die Fronten, die es nach der Kapitulation Deutschlands gäbe. *Stimson* führte vor allem wirtschaftliche Argumente an: die ökonomische Vernichtung Deutschlands würde den ganzen Kontinent treffen, ein unheilvolles Vakuum schaffen.

Starken Eingriffen in das deutsche Wirtschaftspotential wollte er sich nicht widersetzen, aber es sollte erhalten bleiben. Das war der Kernpunkt des Streites. Morgenthau war überzeugt, daß nur eine drastische Einschränkung jenes Potentials den Frieden gewährleisten könne. Er erstrebte die „Umerziehung der Deutschen im demokratischen Sinne“, doch stellte er sich das nicht anders vor als in einem nichtindustriellen Deutschland. Er wollte „jedes Bergwerk und jede Fabrik zerstören“, vor allem das Ruhrgebiet sollte in „ödes Ackerland“ umgewandelt werden. Andernfalls sah er einen neuen Krieg heraufziehen „in zehn Jahren“. Aber die Ruhr sei nicht nur der Herd der Kriegsgefahr, dort sitze der Konkurrent, schuldig an dem „niedrigen englischen Lebensstandard“.

Auf diese Weise kamen wirtschaftliche Konkurrenzüberlegungen zum Ausdruck, während andererseits Großbritannien für das Projekt gewonnen werden sollte. Handfeste Interessen verschränkten sich mit utopischen Extravaganzen. Morgenthau ist nie darangegangen, die praktische Durchführbarkeit seines Planes nachzuweisen: Wie sollte, inmitten einer sich industrialisierenden Welt, allein Deutschland davon ausgeschlossen bleiben, eine agrarische Idylle des 18. Jahrhunderts bilden? Wie sollte sich auf solchen Grundlagen die Demokratie entfalten können? Darauf entgegnete der Minister schlicht: „Natürlich ist es ein ungeheures Problem. Sollen die Deutschen es lösen.“ Heute, wo der letzte afrikanische Staat eine Industrie aufbauen will, kann man das Abstruse des Versuchs ermessen. Inzwischen haben wir aber auch erfahren, daß Deutsch-

land nicht einziger Herd möglicher Kriegsgefahr ist, daß es andere gibt, denen gewiß mit der Losung der Agrarisierung nicht zu beugen ist.

Zur Diskulpation Morgenthau muß gesagt werden, daß nicht nur er hilflos war angesichts des deutschen Problems, daß seine Haltung dem Entsetzen vor den Naziverbrechen entsprang und daß er daran dachte, „hundert Jahre Frieden in Europa“ zu sichern. Gegen Kriegsende verlor er das Ohr des Präsidenten, *Truman* gab ihm rasch den Abschied. Eine andere Richtung begann sich durchzusetzen, die dem entgegengesetzten Extrem zustrebte, das da hieß: deutsche Wiederbewaffnung und weitgehende Aussöhnung mit den Dienern des Dritten Reichs. Das Deutschland-Problem war schrittweise zu einem Rußland-Problem geworden. Für die Vereinigten Staaten war dieses akut, nicht mehr jenes.

Das Buch enthüllt viel über das Funktionieren des amerikanischen Regierungsapparats, über die Schwerfälligkeit des demokratischen Verfahrens, über Ämterkämpfe und Intrigen. Man ist erstaunt über die trotz allem gewaltige Produktivität der Maschinerie. Dennoch verdecken Personen allzu oft Sachfragen. Warum änderte Roosevelt seine Einstellung gegenüber Morgenthau? Nur Bruchstücke werden von dessen Überlegungen sichtbar. Statt des Vordergründigen hätte man gern mehr über globale Kräfte, Stoßrichtungen, Zusammenhänge erfahren.

Heinz Abosch

Hendrik G. van Dam

Die Unverjährbarkeit des Völkermords

Die UNO-Konvention vom 27. November 1968 und das deutsche Recht, v. Hase und Koehler Verlag, Mainz 1969. 87 S., kart. 4,80 DM.

Sowohl die UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen als auch die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zur Verjährungsfrage in der Bundesrepublik und der DDR sind in diesem Büchlein, das juristisch nicht gebildeten Lesern keine Konzessionen macht, zusammengefaßt.

In dem im allgemeinen sehr zurückhaltenden, sparsam verwendeten Kommentar weist der Verfasser unter anderem darauf hin, daß viele afro-asiatische Länder offenbar aus anderen als den in Europa bekannten Motiven der UNO-Konvention zugestimmt haben, „da sich diese Staaten, wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, nur in sehr geringem Ausmaße für die Verfolgung der Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen aus der Zeit des zweiten Weltkrieges interessierten, auch dann nicht, wenn Personen, die zu diesem Kreis gehörten, in ihren Ländern Zuflucht gefunden hatten“.

Im Nachtrag dieser Dokumentensammlung wird Material über das Problem der Verjährung der Beihilfe zum Mord nach der vielumstrittenen und heftig kritisierten Änderung des § 50 des Strafgesetzbuches zusammengestellt.

Hermann Langbein

Horst Matzerath

Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung

Schriftenreihe des Vereins für Kommunalwissenschaft, Berlin, Band 29, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart 1970, 503 S., 39,50 DM.

Unter den immer zahlreicher werdenden Monographien, die sich mit einzelnen Aspekten der nationalsozialistischen Bewegung und Herrschaft befassen, zählt Horst Matzeraths Untersuchung über die Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und kommunaler Selbstverwaltung sicher zu den gründlichsten und am breitesten angelegten. In ihr ist ein umfassendes Material verarbeitet, staatliche Archive und die des ehemaligen Deutschen Gemeindetags, einzelne Stadtarchive, Interviews und Korrespondenzen mit an der Entwicklung beteiligten Persönlichkeiten, im Bundesarchiv verwahrte nationalsozialistische Parteiakten sowie eine imposante Buch-, Zeitschriften- und Zeitungsliteratur wurden als Quellen herbeigezogen.

Dem Autor ging es vor allem darum, zu ermitteln, wie sich die dem Grundgedanken des nationalsozialistischen Führerprinzips zuwiderlaufenden Leitsätze der kommunalen Selbstverwaltung unter der nationalsozialistischen Herrschaft behaupteten. Sie behaupteten sich kaum. Zwar hatte die NSDAP vor 1933 auch eine intensive kommunalpolitische Agitation betrieben, ja selbst bei ihrer Zentrale ein eigenes Amt für Kommunalpolitik geschaffen, aber es zeigte sich schnell, daß diese kommunalpolitische Orientierung lediglich der Eroberung von Machtpositionen bei Kommunalwahlen diene. Diesem Zweck zuliebe wurden sogar höchst anfechtbare Theoreme von einer Verbindung der Ideen der kommunalen Selbstverwaltung mit den Grundlagen der alten germanischen Markgenossenschaft strapaziert.

Nach der Machtergreifung wurde auch auf dem Gebiet der Gemeindepolitik nach Grundsatz des nationalsozialistischen Führerprinzips verfahren. Es begann damit, daß in steigendem Maße kommunale Kommandoposten mit „alten Kämpfern“ oder sonst im Sinn der nationalsozialistischen Herrschaft vertrauenswürdigen Personen besetzt wurden und daß die kommunalen Verwaltungsapparate zur Versorgung von Parteigenossen verwendet wurden. Diesem Vorgehen, das oft genug mit Drohungen und Terror verbunden war, folgte die

Degradierung der Gemeindeparlamente zu simplen Ja-Sager-Gremien oder rein konsultativen Körperschaften.

Der nächste Schritt war der Entzug von Kompetenzen und Aufgaben, die bis dahin den Gemeinden oblagen und die nun die nationalsozialistischen Nebenorganisationen und andere Konkurrenten der kommunalen Selbstverwaltung an sich rissen. Das Wohlfahrtswesen geriet immer mehr in die Hand der nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und die gemeindlichen Versorgungsbetriebe, voran die Elektrizitätswirtschaftlichen, sahen sich von der Expansion der privaten Elektrokonzerne bedroht. Letzteren war der Reichswirtschaftsminister Dr. *Schacht* ein eifriger Helfer, während die Gemeinden im Reichsinnenministerium und selbst im Amt für Kommunalpolitik der NSDAP nur ungenügenden Schutz gegen die Übergriffe der Gauleiter, der Privatindustrie und der nationalsozialistischen Nebenorganisationen fanden. Die Machtkämpfe, die zwischen den einzelnen nationalsozialistischen Apparaten, Staat, Partei, Nebenorganisationen tobten, werden in Matzeraths Darstellung recht anschaulich, was seinem Buch über die Behandlung kommunalpolitischer Probleme hinaus Bedeutung zur exakten Erfassung und Beurteilung des keineswegs monolithischen NSDAP-Regimes verleiht. *Walter Gysling*

Gert von Paczensky Die Weißen kommen

Die wahre Geschichte des Kolonialismus. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1970, 560 Seiten, 28,—DM.

Der Autor erspart dem Leser keinen Bericht über das, was die Weißen, vor allem die Europäer, in den vergangenen Jahrhunderten den farbigen Stämmen und Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas angetan haben und zum Teil noch heute antun. Es ist eine Anklageschrift gegen die Kolonialmächte aller Zeiten und aller Erdteile, mit vielen Belegen, einem gründlichen Register und Karten.

Es wird niemand geschont, auch die Deutschen nicht, wenn auch unsere eigene Kolonialpraxis aus verschiedenen Gründen von nur kurzer Dauer war. Es werden Legenden zerstört, auch die über den famosen *Carl Petersen*, dessen Statue noch immer den Garten der Hamburger Universität zierte und um deren Beseitigung sich Studenten in den vergangenen Jahren vergeblich bemüht haben.

Mit Recht vergleicht der Autor die Ausrottung ganzer Völker mit der Ausrottung der Juden und Zigeuner durch die Nationalsozialisten, ohne daß die Mörder und ihre hohen Auftraggeber je zur Rechenschaft gezogen wurden. Im Gegenteil bereicherten sich die Sklavenhändler und Kolonialbeamten oft scham-

los, auch persönlich, und wenn sie Offiziere waren, wurden sie dafür noch hoch dekoriert.

Die Verteidiger der Kolonialpolitik verweisen oft auf die angeblichen Leistungen der Kolonialmächte, die doch auch der eingeborenen Bevölkerung zugute gekommen wären. Viele der Länder, die heute im Elend leben, waren vor der Kolonialisierung blühende Handwerks-gesellschaften. Ein Beispiel dafür ist Indien. Das Resultat der Ausplünderung durch die Kolonialmächte ist Analphabetismus, wirtschaftliche Einseitigkeit und Rückständigkeit. Die Kolonien v/areii immer und überall ausschließlich ein Mittel zur Bereicherung der Mutterländer und oft von strategischer Bedeutung. Englands Wirtschaftsmacht im vorigen Jahrhundert wäre ohne seine militärische Weltmachtstellung, basierend auf den entscheidenden Stützpunkten an den großen Handelswegen, kaum denkbar gewesen und nicht so lange, bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, zu halten gewesen. Vielleicht kommt der militärische Gesichtspunkt als Antrieb zur Kolonialpolitik bei Paczensky etwas zu kurz.

Manche reaktionäre Verteidiger der Kolonialpolitik verweisen auf die teilweise chaotischen Zustände in den befreiten Gebieten, auf die ständig wachsende Zahl von Diktaturen in der Dritten Welt, auf Korruption und Terror auch unter den neuen Herren aus dem eigenen Lande. Die Tatsachen sind nicht zu bestreiten. Die Ursachen dafür liegen aber gerade in der kolonialen Vergangenheit und den schrecklichen Beispielen der Korruption, des Wuchers und hemmungslosen Terrors gegen Männer, Frauen und Kinder, wie sie der Autor, gründlich belegt, als Kolonialpraxis schildert. Es wird noch lange dauern, bis die Folgen der unmenschlichen weißen Herrschaft von den farbigen Völkern überwunden werden.

Peter Blachstein

Ulrich Küntzel

Der Dollar-Imperialismus

Die Gefahr des dritten Weltkrieges. Soziologische Essays. Herausgegeben von Friedrich Fürstenberg und Frank Benseier. Luchterhand Verlag, Neuwied und Berlin 1968, 189 Seiten, brosch. 9,80 DM.

Wenn der dritte Weltkrieg aus dem Vietnamkrieg erwachsen sollte, wird die Schuld der USA eindeutig feststehen. Sie sind heute die Hauptgefahr für den Weltfrieden, wie Deutschland unter der Führung Hitlers vor dreißig Jahren. — Mit solcher Feststellung, ja schon mit dem Titel der Broschüre, fordert der Autor seine Leserschaft heraus. In einer Zeit, da die deutsche Öffentlichkeit gerade erst beginnt, die ihr über zwei Jahrzehnte eingehämmerten Klischeevorstellungen zu überwinden, dürfte eine so massive Kritik an der amerikanischen Politik vielfach noch als „An-

ti-Amerikanismus" auf Ablehnung stoßen. In dessen wäre das ein allzu billiges Urteil. Das unscheinbare Büchlein birgt Aufklärungs-, Informations- und Zündstoff in reichem Maße, und fast die Hälfte besteht aus enggedruckten Fußnoten, deren Lektüre allein schon als Quellenstudium interessant ist.

Um es vorwegzunehmen: Küntzel ist Marxist, und zwar ein Marxist der besten Art, der Methode und Analyse auf die Verhältnisse des 20. Jahrhunderts, und vor allem auch seiner zweiten Hälfte, anzuwenden versteht:

„Es kommt nicht darauf an, *Lenins* Schlagworte wiederzukäuen, sondern seine Analyse an einem anderen Material und unter vielfach geänderten Bedingungen mit gleicher Strenge zu wiederholen" (S. 19). So gelingt es ihm, eine nahezu gerade Linie von der amerikanischen Kapitalverflechtung innerhalb und außerhalb der USA über die Ära *McCarthy*, die Förderung der Bildung eines überwiegend von den Amerikanern gekauften Europa der Trusts, die Wirtschaftshilfe in der Dritten Welt, den Mord an Präsident *Kennedy* bis hin zum Vietnamkrieg zu ziehen.

Es ist dabei vor allem interessant, den Wandel in der Erscheinungsform des Imperialismus in den letzten fünfzig Jahren zu beobachten. Die Behauptung, die USA haben nur deshalb die Tendenz der Dekolonisation nach dem Zweiten Weltkrieg so massiv unterstützt, um „selbst die bisherigen Kolonien geschäftlich zu beherrschen" (S. 64), dürfte heute gedankliches Allgemeinut derjenigen sein, die die Dinge verfolgt haben. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß es bei der finanziellen Beherrschung nicht geblieben ist, sondern daß — nicht zuletzt zur Sicherung derselben — die ideologisch-politische Beherrschung folgte. Dies führte zu teilweise katastrophalen Konsequenzen (wenn sie auch heute durch den starren „Antikommunismus-Blick" häufig noch nicht gesehen werden), denn „seit Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 sind die USA nach und nach in allen Entwicklungsländern zu ihrer traditionell vorwiegenden Politik zurückgekehrt, die nationale und soziale Revolution zu bekämpfen und reaktionäre Herrschaftsschichten an der Macht zu halten — so heute in Südvietnam; diese Herrschaftsschichten garantieren die Herrschaft der USA, jedoch nicht direkt als Kolonialherrschaft, sondern indirekt, durch Kapitalkontrolle. Die von den USA gestützten einheimischen Herrschaftsschichten fungieren als Agenten des nordamerikanischen Kapitals" (S. 67 f.).

Küntzel faßt den Widerspruch der kapitalistischen Entwicklungshilfe sehr treffend wie folgt zusammen: Kapitalausfuhr in unterentwickelte Länder kann nur dann zu dem angestrebten „*take-off*" führen, wenn zuvor die den Fortschritt hemmenden Faktoren in den

betreffenden Ländern selbst beseitigt sind. Dies geschieht durch „revolutionären Umsturz der Gesellschaft". Da aber die Entwicklungshilfe der USA vornehmlich strategischen Zielen dient, geht es ihr in erster Linie darum, „befeundete Regierungen" an die Macht zu bringen oder an der Macht zu halten, „und als zuverlässig befreundet erschienen und erscheinen dem nordamerikanischen Finanzkapital und seinen politischen Exponenten überwiegend die parasitischen Herrschaftsklassen der unterentwickelten Länder ...".

„Das nordamerikanische Finanzkapital", heißt es in der Studie weiter, „betrachtet diese Widersprüche als unerheblich. Denn die Kosten der Entwicklungshilfe trägt der nordamerikanische (bzw. deutsche oder sonstige europäische) Steuerzahler, dagegen zieht es selber aus der Auslandshilfe einen doppelten Vorteil": 1. die Hilfsdollars müssen in amerikanischen Waren angelegt werden, 2. ein namhafter Teil der Hilfe wird als Kapital akkumuliert und wiederum in den USA investiert (S. 89). Wer amerikanische Entwicklungshilfe verschmäht, wie etwa Kambodscha unter *Sihanuk*, nimmt früher oder später ein böses Ende.

In ähnlicher Weise analysiert der Verfasser die Politik des amerikanischen Finanzkapitals in Europa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Und wer heute noch glaubt, amerikanische CARE-Pakete seien nicht nur der Ausdruck hilfswilliger Individuen, sondern der ganzen amerikanischen Politik gewesen, übersieht das Wechselspiel zwischen *Morgenthau* und *Marshallplan* und die Entwicklung bis hin zur amerikanischen Überfremdung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Küntzel erfreulicherweise nur als temporär einstuft. Ein gutes, fesselndes und aufrüttelndes Buch!

W.-D. Porz

Hermann Meier-Cronemeyer

Kibbuzim

Geschichte, Geist und Gestalt. Erster Teil. Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Verlag für Literatur- und Zeitgeschichte, Hannover 1969, 300 S., kart. 32,— DM.

Israel macht viel von sich reden. Es ist in erster Linie der arabisch-israelische Konflikt, schwierig zu lösen wie die Quadratur des Kreises, der immer wieder Material zu neuen Betrachtungen bietet. Danach aber ist es ein sehr viel friedlicheres Thema, nicht geeignet zur Behandlung in den auf Neuigkeiten erpichten Tageszeitungen, das immer wieder in Zeitschriften und Büchern behandelt wird: die landwirtschaftlichen Niederlassungen gemeinwirtschaftlicher Form, genannt Kibbuzim. Im Literaturverzeichnis des vorliegenden Werks zitiert sein Verfasser in der Tat etwa 350 Veröffentlichungen in der Rubrik „Jüdische Jugendbewegung

und Kibbuzim". Woraus sich konsequenterweise die Frage ergibt, warum es dem Autor angezeigt schien, diese Flut von Literatur noch zu vergrößern.

In seiner Einleitung beschreibt H. Meier-Cronmeyer, daß es eine Kibbuz-Legende gibt, die erheblich von der Wirklichkeit abweiche, daß das Leben in einem Kibbuz voller Spannungen und Widersprüche sei, und daß die vorhandene Literatur nur einzelne Phänomene oder einzelne Kibbuzim beschreibe. Ganz besonders bemängelt er, daß die Darstellungen der historischen Perspektive ermangeln, die zum Verständnis des Vorhandenen unumgänglich notwendig sei. Und so hat er sich entschlossen, in einem umfassenden Werk eine das Gesamtwesen des Kibbuz erläuternde Darstellung zu geben. Das Werk ist in drei Teilen geplant. Geschichte, Geist, d. h. Ideale und Motivation der Kibbuzbewegung, und Gestalt, d. h. anschauliche Darstellung des Sozialgebildes Kibbuz. Gegenstand dieser Besprechung ist der erste dieser drei geplanten Bände, der die Geschichte behandelt.

Man muß zunächst einmal dem Verfasser des Buches zugestehen, daß er an seine Aufgabe mit größter Gründlichkeit herangegangen ist; er hat zwei Jahre im Land gelebt, davon drei Monate in einem Kibbuz, dessen Name dieser Tage öfters in den Tageszeitungen erwähnt wird. Zudem hat er, außer den eben erwähnten Spezialwerken noch einige hundert anderer Bücher und Quellen benutzt, und es ist leicht einzusehen, warum so gründliche Studien notwendig waren. Denn die Entwicklung der Kibbuzbewegung ging nicht immer geradlinig vor sich; sie wurde aus verschiedenen Quellen gespeist, es gab Verzögerungen und Reorganisationen, und der Verfasser mußte, wenn er wissenschaftlich, d. h. genau, vorgehen wollte, sich sein Tatsachenmaterial aus der Fülle der schriftlichen Äußerungen eines Jahrzehnts zusammensuchen. Zudem betont er, m. E. mit voller Berechtigung, daß die Entwicklung nicht nur an sich, sondern im Rahmen des Gesamtgeschehens in der Umwelt betrachtet werden müsse, um ein wahres Bild zu erhalten.

Die Darstellung ist in einundzwanzig Kapitel eingeteilt, von denen das erste die Anfänge der jüdischen Kolonisation in Palästina beschreibt, als sich zu den ansässigen kleinen Gruppen von religiösen Juden, die im heiligen Lande leben und sterben wollten, die aber keine geordnete wirtschaftliche Basis hatten, Gruppen von Juden, geleitet von anderen Motiven und getrieben von den russischen Pogromen, seit 1882 und 1893 ins Land einwanderten und landwirtschaftliche Siedlungen gründeten. Das letzte Kapitel beschreibt, wie die inzwischen voll entwickelte Kibbuzbewegung nach Beendigung des Krieges und der Errichtung des Staates Israel (1948) zunächst noch weiter erstarkt, dann aber in der zahlen-

mäßigen Entwicklung mangels geeigneten Nachwuchses erlahmt und sich stabilisiert.

Den weiten Weg von den ersten Kolonisten bis zur Stabilisierung der Kibbuzbewegung geht der Verfasser in allen Einzelheiten nach, und es wäre ein vergebliches Bemühen, diesen Vorgang in einer Besprechung des Buches auch nur auszugsweise nachzeichnen zu wollen, denn offenbar war es ein Anliegen des Verfassers, aufzuzeigen, wie verwickelt im einzelnen der Prozeß verlief. Hier sollen nur einige der Hauptfaktoren, die dabei eine Rolle spielten, wiedergegeben werden.

Zunächst einmal kommt in verstärktem Maße nach dem Auftreten *Herzls* eine Einwanderung, ein Stamm von landwirtschaftlichen Arbeitern, arbeitslustig, aber mittellos, der größtenteils beeinflusst von sozialistischen Ideen russischer Prägung ist. Da es mit den jüdischen Plantagebesitzern, die die billigere Arbeit der Araber vorziehen, ständig zu Auseinandersetzungen kommt, bilden sich Gruppen, oft auf Basis der Herkunft aus den gleichen zionistischen Jugendorganisationen, die gemeinsam Arbeiten, landwirtschaftliche wie auch städtische, übernehmen und in verschiedener Weise versuchen, gemeinschaftlich zu siedeln.

Unerfahrenheit, mangelnde Organisation, Widerstand der zionistischen Organisation, mangelnde finanzielle Basis bringen diese Versuche oft zum Scheitern. Aber die Hindernisse werden schrittweise überwunden; obwohl ein Teil dieser Siedler der kommunalen Lebensformen mit gemeinsamer Kasse und gemeinsamer Küche unter schwersten Bedingungen, materiell wie gesundheitlich, überdrüssig wird, bleibt ein Stamm den Ideen treu und wird zum Kern der Bewegung, die zunächst eine anarchistische Tendenz zeigt. Dieser entgegen wirkt, auch beeinflusst von Ideen des russischen Sozialismus (Selbstschutz), eine Tendenz in Richtung straffer Organisation in Gruppen, die die Bewachung von Siedlungen aller Art übernehmen.

Nach Beendigung des ersten Weltkrieges und mit der *Balfour*-Deklaration erstarkt die Einwanderung, zwar langsam und mit Rückschlägen; der Gewerkschaftsbund (*Histadruth*) hat sich gebildet und bringt die Siedlungsbewegung unter seinen Einfluß; die Siedlungsgruppen vereinigen sich entsprechend ihrer politischen Färbung zu Verbänden. Der Widerstand der zionistischen Organisation wird überwunden. Viele neue Siedlungspunkte werden errichtet, wobei es ein ständiges Fluktuieren von Gruppen und Grüppchen von Siedlungspunkt zu Siedlungspunkt gibt. Die Zustände in Deutschland seit 1933 bringen auch dorthin und aus Österreich eine sehr verstärkte Einwanderung, deren Einflüsse sich bemerkbar machen.

Der wachsende politische Widerstand vor dem zweiten Weltkrieg führt zu einer von

der zionistischen Organisation geförderten Ausbreitung von Siedlungen in bisher nicht oder nicht genügend besiedelte Gebiete, wobei die Kibbuzim die maßgebende Rolle spielen. Die Bewachung der Siedlungspunkte in der Zeit der arabischen Aufstände wird zunehmend wichtiger, und die Selbstschutzorganisationen werden entwickelt, die ihren Wert im Unabhängigkeitskrieg zeigen und die dann später der Kern des Heeres des neu errichteten Staates werden. Neue Wehrsiedlungen, betrieben von einer besonderen Abteilung des Heeres, werden in gefährdeten Gebieten in Kibbuzform gegründet.

Beim Lesen dieser stark gerafften Inhaltsangabe darf man nicht vergessen, daß jeder Kibbuz ein lebendiger Organismus mit individuellen Zügen ist. Der Verfasser zeigt einiges davon schon in diesem ersten Teil des Gesamtwerkes. Vor allem beschreibt er die sozialen, sozialistischen und religiösen Tendenzen, die bei Gründung der einzelnen Kibbuzim eine Rolle spielen. Da der Tatbestand verwickelt ist, ist die Darstellung schwierig und stellenweise etwas ermüdend für den Leser. Dort aber, wo es wichtig ist, eine Situation anschaulich zu machen, bedient sich der Verfasser dankenswerterweise zahlreicher Zitate aus zeitgenössischen Schilderungen, die die Lesbarkeit des Buches erhöhen.

An dieser Stelle muß ein Mangel des Buches festgestellt werden — nämlich das Fehlen von Kartenmaterial (die beiden kleinen Karten auf S. 242 bieten sehr wenig), in denen die einzelnen Siedlungspunkte in verschiedenen Entwicklungsperioden erkennbar sind, was das Verständnis und damit auch das der strategischen Bedeutung des Siedlungswerkes wesentlich erleichtern würde.

Es ist Hermann Meier-Cronemeyer zu danken, daß er der Geschichte der Kibbuzim eine zusammenstellende und bis zum Zeitpunkt der Drucklegung reichende Darstellung gegeben hat, die bisher fehlte. Man darf den beiden folgenden Bänden entgegensehen, in denen, wie man vermuten darf, ein Fortschritt in dem Verstehen dieser einzigartigen Siedlungsform gemacht werden wird. Die Differenziertheit der Kibbuzim nach Gesinnung, Alter, finanziellen Erfolgen, geographischer Lage und Graden der Industrialisierung ist so groß, daß ein weites Feld für Beobachtungen und Erkenntnisse gegeben ist.

Dr. R. Sivron-Hoffnung

Sigrid Hunke

Europas andere Religion

Die Überwindung der religiösen Krise. Econ Verlag, Düsseldorf, Wien 1969. 536 S., Ln., 28,— DM.

Die Diskussion um Christen, Atheisten, Kirche und Religion in Europa wird immer vernehmlicher, angeregt durch den „schleichen-

den Abfall" von der Kirche, die Kirchengänge, die Interesselosigkeit und die Kirchen- und Kanzelflücht, ja Ketzerien vieler Priester, die Schwierigkeit der Kirchen, den unserem Leben gemäßen Ton zu finden, überhaupt noch das Ohr der „Christen" zu erreichen.

Immer lauter werden die Klagen über Materialismus und Existentialismus des christlichen Abendlandes. Es entsteht das Bild eines Europa, in dem es fast nur noch „Materialisten" und „Atheisten" gibt, und es wird oft übersehen, daß es zwischen beiden eine breite Mitte von Menschen gibt, die weder das eine noch das andere sind, aber die nach einer ihnen gemäßen Religion, nach einem Gottesbegriff suchen, der nicht zu unserem heutigen Leben in Gegensatz steht, der nicht unsere Naturwissenschaft und Technik ausklammert.

Sigrid Hunke nun zeigt uns, daß es diese Religion, diesen Gottesbegriff in Europa längst gibt, seit Jahrhunderten und Jahrtausenden gegeben hat, vertreten von Menschen, auf die wir wegen ihrer geistigen Leistungen stolz zu sein pflegen, deren Erbe wir in Ehren halten oder zu halten meinen, die aber, was vielen von uns heute unbekannt ist, als Ketzer verdammt, mundtot gemacht, gefoltert, verbrannt wurden. Zu diesen Ketzern gehören die Großen unserer geistigen Vergangenheit und Gegenwart, von *Pelagius* und *Eriugena* bis zu *Teilhard de Chardin*. Zu ihnen gehören *Giordano Bruno* und *Kant*, *Lessing*, *Herder*, *Goethe*, *Hölderlin*, *Hegel*, *Meister Eckhart*, *Descartes*, *Rilke*, *Schelling* — um nur wenige zu nennen. Einige der leuchtendsten Namen aber sind von ihren Gegnern so aus der Geschichte ausgelöscht worden, daß kaum einer sie heute noch kennt.

„Europas andere Religion" ist eine Geschichte der Religion in Europa, die nicht mit den Augen der Kirche, sondern mit denen der Ketzer gesehen wird. Worum geht es? Es geht um den Kampf gegen die Idee der Erbsünde, gegen den aus alten orientalisches-griechischen Wurzeln herrührenden Dualismus Leib-Seele, Materie-Geist, Mensch-Gott, Diesseits-Jenseits, der auch heute so viele Nichtchristen und Nichtatheisten ratlos macht.

Die „Ketzerie" dieser unendlich vielen Geister über Jahrtausende und überall in Europa besteht in der Idee der Versöhnung, der Liebe zu Gott und der Liebe zur Welt, der Überzeugung, daß „Materie und Geist keineswegs zwei Dinge" sind, „sondern zwei Zustände, zwei Ansichten desselben kosmischen Stoffes — und im Grunde durchaus ein und dieselbe Sache" (*Teilhard de Chardin*). Der gottgeschaffene Mensch wird frei von Sünde geboren, und der Mensch hat die Freiheit, sich für das Gute oder das Böse zu entscheiden, er ist nicht gezwungen in die fatalistische Ergebung in den erbarmenden und zornigen Ratschluß eines launischen Machthabers, im Vertrauen auf die Gnade dessen der „sich erbarmt, wessen er will, und verdammt, welchen er will" (*Rom. 9,18*).

„Alle Wesen, alles Geschehen, das gesamte All sind Erscheinungen, Versichtbarungen, Selbstoffenbarungen Gottes, ja sein entfaltetes Sein selber" (S. 140). „Das Göttliche wohnt gleichsam als Wesenskern der gesamten Natur all ihren Gestalten inne. . . Im Menschen aber kommt Gott zum Bewußtsein und zur Erkenntnis seiner selbst. In der menschlichen Vernunft denkt Gott sich zu Ende. In des Menschen geistigen, schöpferischen Kräften wirkt er sich selbst und erzeugt er sich in immer neuen Setzungen, neuen Formen, neuen Wirklichkeiten. Gott bedarf des Menschen und der Mensch bedarf Gottes. Gott und Mensch, die göttliche Schöpferkraft und die ratio humana brauchen einander, um die geistige Welt zu schaffen und Gottes Weltwerden zu vollenden. In solcher Welterschöpfung wird der mit göttlichen Kräften wirkende Mensch zum Mitschöpfer Gottes" (S. 141).

Der Protest richtet sich gegen das Wort des Apostels *Paulus* „Hat nicht Gott die Weisheit der Welt für Torheit erklärt?", „gegen die unglaubwürdig gewordene Jenseitsreligion und ihren außerweltlichen persönlichen Gott, der ja von jeher der Wirklichkeit jede Göttlichkeit abgesprochen hatte" (S. 219). Und hier kommen wir zur „Übereinstimmung von Glauben und Wissen", hier ist der Konflikt zwischen Religion und Wissenschaft beseitigt. Dieser Glaube ist ein „Glaube an die Einheit und Ganzheit der Wirklichkeit". Er steht auf einer Linie mit dem Bestreben der heutigen Biologie, Medizin und Psychologie, „Leib und Seele, ja das gesamte Universum als Ganzheit und in Wechselwirkung zu begreifen" (S. 488).

Ein gründliches, ein mutiges Buch! Sigrid Hunke wird nicht mehr, wie so viele, die die

Ideen ihres Buches früher vertraten, öffentlich und physisch auf einem Scheiterhaufen verbrannt werden, massive Proteste zumindest verbaler Art aber können ihr wohl sicher sein. Der Gedanke, daß sie jedoch vielen ehrlich Suchenden einen "Weg aufgezeigt hat, mag sie darüber hinwegtrösten. *Erika Donner*

Werner Kirst, Ulrich Diekmeyer

Intelligenztraining

Denksports und Lernimpulse, die alle geistigen Fähigkeiten anregen und fördern. Deutsche verlags-Anstalt, Stuttgart 1970. 128 S., zahlreiche Abb., 19,80 DM.

Die Autoren gehen davon aus, daß Intelligenz keine unveränderbare Anlage ist, sondern sich trainieren läßt; jeder Mensch kann seine intellektuelle Leistungsfähigkeit steigern. Etwa 20 Minuten Intelligenztraining jeden Tag sollen ein erfolgreicheres Denkvermögen schaffen. Dieses Buch bietet das Übungsprogramm.

Die 81 Tests fördern folgende Funktionsbereiche der Intelligenz: anschauungsgebundenes Denken, Einfallsreichtum und Produktivität, Konzentrationskraft, und Tempomotivation, Verarbeitungskapazität, formallogisches Denken und Urteilsfähigkeit, zahlen- und sprachgebundenes Denken.

Für die Durcharbeitung der Tests stehen mehrere Trainingspläne zur Wahl. Für alle Trainingspläne sind Auswertungstabellen beigegeben, die eine laufende Kontrolle der Fortschritte ermöglichen. Das Buch kann allen Freunden des Denksports empfohlen werden.

Waldemar Block